



# HESSISCHER LANDTAG

## Änderungsantrag

20.01.2022  
HHA

### Fraktion DIE LINKE

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses  
Drucksache 20/6873 zu Drucksache 20/6380

Inhalt des Antrags: **Schwangerschafts(konflikt)beratungsstellen stärken**

Einzelplan **08** **Hessisches Ministerium für Soziales und Integration**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 08 05 Verpflichtende Transferleistungen  
Buchungskreis: 2795

Förderproduktnummer 23  
lt. Leistungsplan

Bezeichnung lt. Leistungsplan Familienplanung, Sexualberatung und Schwangerschaftskonfliktberatung

**Veränderung**

von                      um                      auf

**Leistungsplan:**

**Beträge in 1.000 EUR**

<b>Gesamtkosten</b>	11.530,0	+4.200,0	15.730,0
<b>Produktabgeltung</b>	11.530,0	+4.200,0	15.730,0

**Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.**

### Begründung des Änderungsantrags:

Die Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen leisten tagtäglich einen essenziellen Beitrag zur Sicherstellung der reproduktiven Gesundheitsvorsorge in ihrer ganzen Breite. Gleichzeitig kämpfen viele von ihnen seit geraumer Zeit mit steigenden Anforderungen und finanziellen Engpässen, die sich insbesondere auf die seit Jahren zu gering bemessenen Verwaltungspauschalen sowie nicht-gewährten Tarifbestandteile und der betrieblichen Altersversorgung ergeben.

Diese Unterfinanzierung muss endlich beendet werden. Personalstellen sollen tarifgemäß und mit 100 Prozent finanziert werden, damit nicht länger Kuchenbasare zur Absicherung reproduktiver Gerechtigkeit beitragen müssen. Zudem sollen Ärztinnen und Ärzte mit ihren Beratungsleistungen zukünftig nicht mehr auf den Versorgungsauftrag angerechnet werden, weshalb insgesamt 30 VZÄ zusätzlich zugunsten der Schwangerenberatungsstellen anzuerkennen und finanziell abzusichern sind. Weiterhin sollen anerkannte Ärztinnen und Ärzte die Schwangerschaftskonfliktberatung durchführen und Beratungsscheine ausstellen können.

Wiesbaden, 19.01.2022

Für die Fraktion  
DIE LINKE  
Der Fraktionsvorsitzende:

**Jan Schalauske**